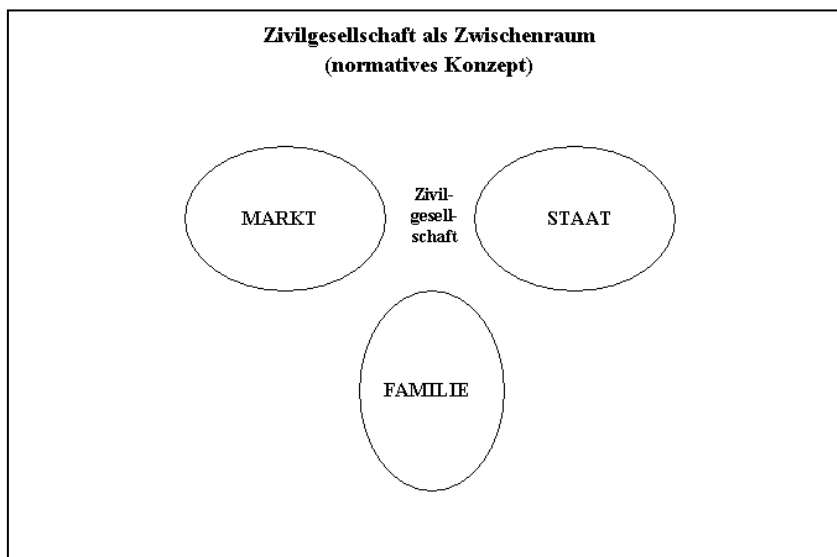


Dieser Bereich ist eine Ergänzung zu deinen eigenen Mitschriften und **kein Skriptum**. Diese Nachlese ist **kein Ersatz** für deine Mitschriften, sondern lediglich ein Zusatz! Es handelt sich um ein Protokoll mündlicher Rede und ist außerhalb der VO Politische Theorien **nicht** zitationsfähig.

## Theoriediskurse: Staat und Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaft ist eng mit dem Begriff „Öffentlichkeit“ verbunden, verstanden als gesellschaftlicher Raum zwischen Macht – Staat – Familie (HABERMAS).



Im Zwischenraum zwischen Markt, Staat und Familie wird hier die Zivilgesellschaft situiert, die als Öffentlichkeit bzw. als politischer Raum, in dem BürgerInnen gemeinsam politisch handeln, gesehen wird. Hier bewegen sich z.B. NGOs, Medien und Soziale Bewegungen. Die Staatsangehörigkeit, die im klassischen Staatsmodell unabdingbar für politische Partizipation ist, verliert in diesem Raum ihre aus- bzw. einschließende Bedeutung. Grundsätzlich können alle an diesem politischen Raum der Zivilgesellschaft teilhaben. Zivilgesellschaft ist in dieser Vorstellung nicht nur ein beschreibendes, sondern ein normatives Konzept, das aktuelle Defizite von westlichen Demokratien sichtbar machen soll, das aber auch Lösungsmöglichkeiten der Erneuerung bzw. der „Demokratisierung von Demokratie“ ermöglichen soll. Heute wird Zivilgesellschaft häufig sogar als transnationaler politischer Raum verstanden, in dem „WeltbürgerInnen“ partizipieren.

Hannah ARENDT vertritt unter Verweis auf ARISTOTELES eine „Republikanische“ Demokratietheorie. Diese beinhaltet die Vorstellung eines „öffentlichen“ Raumes, einer „agora“, auf der BürgerInnen gleichberechtigt miteinander diskutieren, d.h. als „citoyen“ und NICHT als „bourgeois“ gemeinsame öffentliche Angelegenheiten verhandeln und lösen. Im Zentrum stehen nicht die staatliche Entscheidung und die Bürokratie, sondern im Zentrum des zivilgesellschaftlichen Politikbegriffs steht das gemeinsame Handeln. Die Definition der BürgerInnen erfolgt ohne staatliche, hierarchische, zentrale Entscheidungsmacht und ohne bürokratische Verfahren.

HABERMAS bezieht sich mit seinen Überlegungen auf ARISTOTELES und Hannah ARENDT. Seiner Ansicht nach wurden die drei Bereiche Staat, Ökonomie und Familie im Lauf des 19. und 20. Jahrhunderts zu sehr miteinander verwoben. In seinen historischen Untersuchungen zeigt er auf, dass der Begriff Öffentlichkeit als ein Kampfbegriff der Bürger gegen den absolutistischen Staat eingesetzt wurde, der vor allem als intransparenter Geheimstaat gesehen wurde. Vertreten durch die Aufklärer des 18. Jh. wird Öffentlichkeit eingefordert. Öffentlichkeit hat für HABERMAS jedoch auch seinen konkreten historischen Ort: In der Entstehung einer Vielzahl bürgerlicher Vereine (z.B. literarische Salons, Gesangsvereine) keimt eine neue Sphäre jenseits von Staat und Familie. Im 19. und 20. Jahrhundert wird diese Sphäre herrschaftsfreien politischen Diskurses zunehmend von staatlichen und halbstaatlichen Institutionen (z.B. Parteien) besetzt und ihre demokratische, partizipative und gleiche Qualität wird zerstört. („Strukturwandel der Öffentlichkeit“). HABERMAS plädiert deshalb für die Repolitisierung der Öffentlichkeit.

### **Konjunktur des Begriffs/Konzepts von Zivilgesellschaft**

Zivilgesellschaft ist ein politisches Konzept, das unter diesem Namen seit Ende der achtziger Jahre aus den Dissidentenkreisen in osteuropäischen realsozialistischen Staaten in westliche und insbesondere in internationale Debatten Eingang gefunden hat. In Österreich hat der Begriff eine Konjunktur durch die Oppositionsgruppen und –bewegungen gegen die blauschwarze Regierung erfahren. Zivilgesellschaft als politische Opposition, als außerparlamentarische Bewegung.

Die Zivilgesellschaftsdebatte hat im Kontext mehrerer politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Tendenzen in westlichen Industriegesellschaften an Bedeutung gewonnen:

- Globalisierung und Neoliberalismus: Durch den Umbau der Sozialstaaten in Westeuropa bzw. durch die Politik der Strukturanpassung in den Ländern des Südens sind die Grenzen zwischen Markt/Ökonomie und Staat/Politik verschoben worden. Ökonomisierung und Kommerzialisierung aller Lebens- und Gesellschaftsbereich, Kürzung von Sozialausgaben, zunehmende Armut sind Schlagwörter, die diese Grenzverschiebungen andeuten. Dies hat auch eine Neudefinition der Rolle von sozialen Bewegungen und NGOs/NROs in den Ländern westlicher Industriegesellschaften nach sich gezogen. Neue Formen der Politik und der Begriff der Zivilgesellschaft wurden zum Symbol für diese Übergangspolitik.
- Unzufriedenheit mit dem politischen System: Unzufriedenheit und mangelndes Vertrauen in etablierte demokratische Strukturen (Politikverdrossenheit) waren in den vergangenen Jahren tendenziell steigend. Als Reaktion darauf kam es zur Mobilisierung und Politisierung jenseits des Parteiensystems, jenseits sozialpartnerschaftlicher Absprachen und jenseits verbürokratisierter Politikstrukturen. NGOs greifen von etablierten politischen Institutionen vernachlässigte Themen auf und schaffen für diese ein öffentliches Forum.
- Tendenz zum steigenden ehrenamtlichen, bürgerschaftlichen Engagement: Der in den letzten Jahren beobachtbare Trend zum Verfall traditioneller Formen sozialen Engagement und sozialer Entsolidarisierung (Vereinsamung, Atomisierung der Gesellschaft,...) hat andererseits auch neue Formen bürgerschaftlichen Engagements hervorgebracht und steigende Bereitschaft zu ehrenamtlicher Arbeit (Nachbarschaftshilfe, Selbsthilfegruppen,...).

## **Zivilgesellschaft als emanzipatorisches politisches Konzept (normatives Konzept)**

Die Zivilgesellschaftsdebatte zeichnet sich durch zwei Elemente aus:

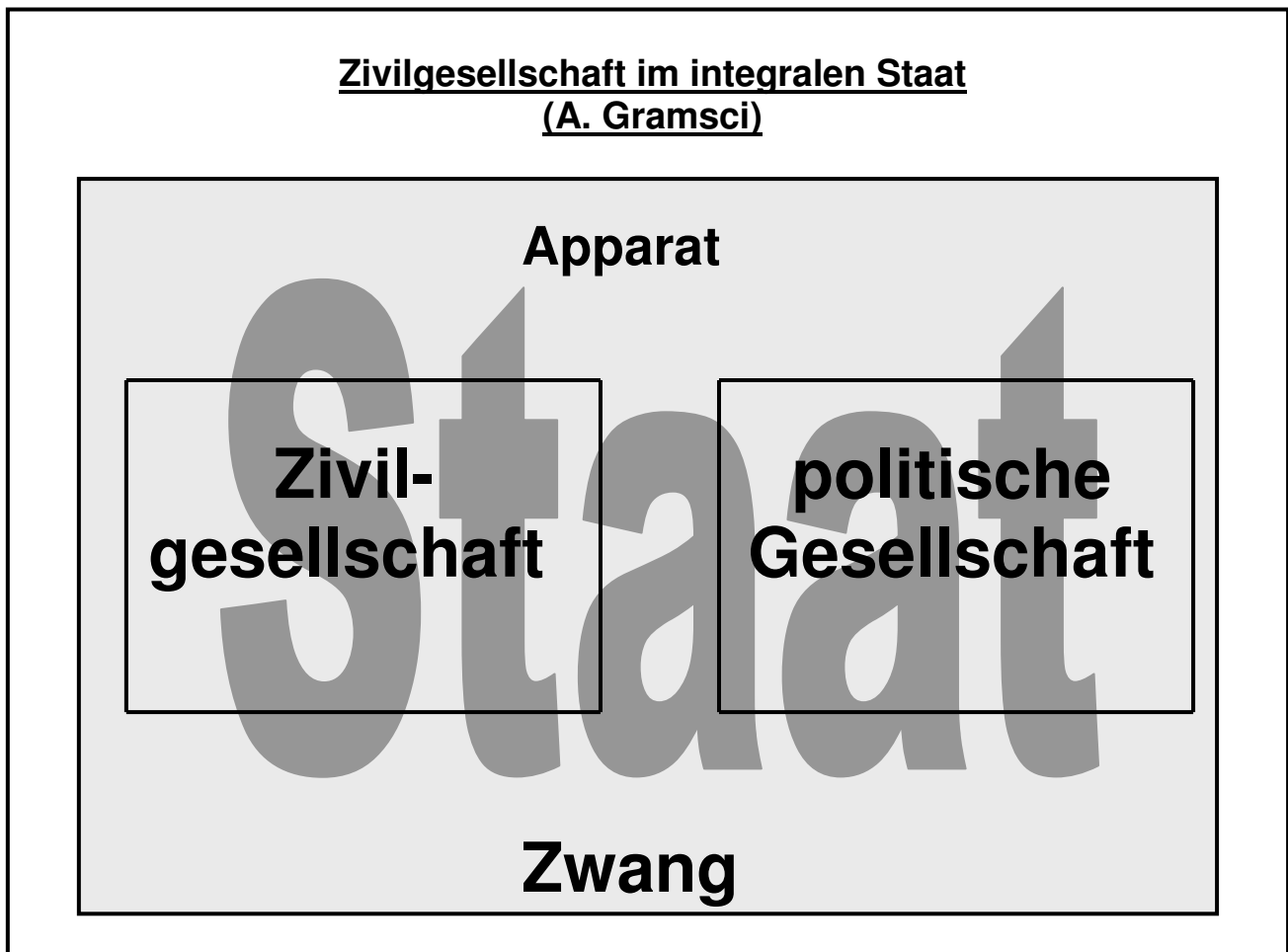
**Erstens** durch den Bezug auf den Staat und ihre Staatskritik. Sie hinterfragt verbürokratisierte Politikstrukturen, Ver-Staatlichung und Verparteipolisierung von Politik, sie richtet sich gegen Bevormundung und tritt für mehr staatsfreie Gestaltungsräume ein. Das bedeutet, Zivilgesellschaft wird in diesen Debatten als normativer Begriff benutzt, der ein Versprechen nach einem Mehr an Demokratie enthält und die autonome Selbstorganisation der Gesellschaft betont.

**Zweitens** durch ihren Bezug auf die Ökonomie und den Markt: Die „Solidarität“ der der Zivilgesellschaft richtet sich gegen das Konkurrenzprinzip des kapitalistischen Marktes. Gleichheit, Gerechtigkeit, existenzsichernde Tätigkeit werden als Alternativmodelle zur Erwerbstätigkeit gesehen.

## **Zivilgesellschaft und „integraler“ Staat: Antonio Gramscis materialistisches Zivilgesellschaftskonzept**

Antonio GRAMSCIs Ausführungen zum integralen Staat machen die Verbindungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft und die Mechanismen sichtbar, wie Zivilgesellschaft selbst staatliche Herrschaft hervorbringt. Gramsci unterscheidet zwischen ziviler Gesellschaft und politischer Gesellschaft. Staat im integralen Verständnis von Gramsci umfasst die politische Gesellschaft plus die Zivilgesellschaft. Die zivile Gesellschaft beinhaltet alle gesellschaftlichen Vereinigungen und alle sozialen Bereiche und ist zentral für die Herrschaftsbildung. Staatliche Herrschaft ist das Ergebnis der Auseinandersetzung innerhalb der Zivilgesellschaft (Hegemonie). Die Zivilgesellschaft ist in diesem Konzept der Ort der Vorbereitung und Legitimierung von staatlicher Herrschaft. Die politische Gesellschaft hingegen ist die Sphäre von politischen Organisationen, die als Transmitter der „Zivilgesellschaft“ gelten, die Interessen bündeln und die herrschafts- und Hegemonialstrukturen der Zivilgesellschaft realisieren. Dazu zählen Parteien, Gewerkschaften, usw.

Ein zentraler Begriff bei Gramsci ist die Hegemonie. Staatliche Hegemonie ist die Fähigkeit, die Sichtweise der herrschenden Klasse zum Allgemeingut, zum „common sense“ zu machen und damit zu normalisieren.



Der Begriff der Zivilgesellschaft, der von Cives, dem Bürger, her wurzelt, kann mit dem Begriff der Bürgergesellschaft (Vertreter in Österreich: Andreas KHOL) kontrastiert werden. Beide Konzepte, für die die jeweiligen Begriffe stehen, haben eine ähnliche Stoßrichtung (Staat, bzw. Markt und Staat zurückdrängen) jedoch andere Schwerpunktsetzungen und politische Ziele. Der wohl wesentlichste Unterschied liegt darin, dass in der Bürgergesellschaft die Betonung auf dem „schlanken Staat“ liegt, während das zivilgesellschaftliche Konzept primär auf mehr Beteiligung und Demokratie setzt.

	<b>Markt/Ökonomie</b>	<b>Staat/Politik</b>
<b>Zivilgesellschaft</b>	<b>Kritik von Ungleichheit</b>	<b>Staatskritik</b>
	<b>Konkurrenz und Desintegration</b>	<b>„Entstaatung“</b>
	<b>Eigenarbeit, neuer Arbeits-Begriff, Selbstverwaltung</b>	<b>Entbürokratisierung</b>
	<b>Gerechtigkeit, Solidarität</b>	<b>Demokratie</b>
<b>Bürger-Gesellschaft</b>	<b>Eigenarbeit, ehrenamtliches</b>	<b>Staatskritik</b>
	<b>Engagement, Subsidiarität</b>	<b>weniger Staat</b>
	<b>Ausgleich der Barbarei des</b>	<b>Staat als</b>
	<b>Marktes durch Dritten</b>	<b>Moderator,</b>
	<b>Sektor</b>	<b>schlanke</b>
		<b>Bürokratie</b>